

Niederschrift über die 12. öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Gemeinde Gottmadingen am 22. Juli 2014

Die Sitzung fand auf schriftliche Einladung des Bürgermeisters vom 17. Juli 2014 statt.

Beginn:	18:10 Uhr	Ende: 19:50 Uhr
Anwesende:	() - entschuldigt -	
Vorsitzender:	Bürgermeister Dr. Michael Klinger	
Gemeinderäte:	Beyl Walter Binder Daniel Brachat Herbert (Bronke Nadine - entschuldigt -) Buchholz Herbert - Urkundsperson - (De Felice Luigi - entschuldigt -) Dreier Markus Fahr Norbert Fix Peter Gassner Bernhard Geyer Joachim (Graf Kirsten - entschuldigt -) Graf Wolfgang - Urkundsperson - Herberger Veronika (Kipker-Preyß Claudia - entschuldigt -) Koch Eberhard (Koch Titus - entschuldigt -) Mack Karl Muffler Meinrad - Urkundsperson - Ruf Georg (Ruh Christof - entschuldigt -) Sauter Klaus Sixta Silvia ab 18:15 Uhr während TOP 3b Vogler Peter (Wengert Katharina - entschuldigt -)	
Verwaltung:	Gramlich Urban Emhardt Sabrina - als Schriftführerin - Haas Marion Kopp Alexander Ley Andreas Pingitzer Patrick Steinbrenner Florian	



Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

TAGESORDNUNG

1. Fragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Bekanntgabe der Niederschrift über die 10. und 11. öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 24. Juni 2014 und 8. Juli 2014

Die Niederschrift wird ohne Einwendungen zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende bemerkt, dass unter TOP 3 (Generalsanierung Höhenfreibad) der Bericht der Lenkungsgruppe als weiterer Unterpunkt hinzugefügt wurde.

3. Generalsanierung Höhenfreibad

- a) Vergabe Wassertechnik
- b) Vergabe Rohbau
- c) Kostenstand
- d) Bericht Lenkungsgruppe

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Thamm der Firma bauraum gmbh aus Konstanz.

a) Vergabe Wassertechnik

Herr Kopp erklärt anhand der Vorlage, dass dies nun die Vergabe des zweitgrößten Postens sei. Zur Submission hätten 6 Bieter Angebote abgegeben, wobei auch einige ein Nebenangebot vorlegten. Herr Kopp informiert, dass in der Kostenberechnung rund 830.000,00 € veranschlagt worden seien. Die Firma Wassertechnik Wertheim habe mit ihrem Angebot von rund 803.000,00 € das wirtschaftlichste Angebot vorgelegt. Herr Kopp ergänzt, dass diese Firma im Vergleich zu den anderen Bietern auch am längsten in diesem Bereich tätig sei.

Eine weitere Aussprache des Gemeinderates wird nicht gewünscht.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Auftrag wird an die Firma Wassertechnik Wertheim zu deinem Preis von 802.259,40 €, inklusive Nebenangebot, vergeben.

b) Vergabe Rohbau

Herr Thamm informiert, dass die Arbeiten öffentlich ausgeschrieben worden seien. Für die Ausschreibungen hätten insgesamt fünf Bewerber die Unterlagen abgeholt, aber nur ein Angebot sei eingegangen. Daher habe man die Ausschreibung nach VOB aufgehoben und die Arbeiten nochmals beschränkt ausgeschrieben. Die entsprechende Submission sei am kommenden Freitag.

Herr Gemeinderat Gassner möchte wissen, wie viele Firmen insgesamt angefragt worden seien. Herr Thamm informiert, dass für die Erdarbeiten insgesamt fünf und für die Betonarbeiten fünf bis sechs Firmen angeschrieben worden seien. Man würde nochmals gezielt suchen, da er der Meinung sei, dass das anfängliche Gesamtpaket für die einzelnen Firmen zu viel gewesen sei.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Entscheidung dann in der nächsten öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 29. Juli 2014 getroffen werde.

c) Kostenstand

Herr Thamm erklärt anhand der PowerPoint-Präsentation, welche zum Protokoll genommen wird, dass die Kostenberechnung mit jeder Vergabe fortgeführt werde. Er informiert, dass man bei einigen Punkten über der Berechnung läge, jedoch bei anderen Positionen auch Kosten einspare.

d) Bericht Lenkungsgruppe

Der Sachverhalt wird von Herrn Steinbrenner anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche zum Protokoll genommen wird, vorgestellt. Herr Steinbrenner informiert, dass vor zwei Wochen die Sitzung der Lenkungsgruppe stattgefunden habe. Nun liege auch der entsprechende Spielplatzplan vor, welcher bisher auch gut in der Lenkungsgruppe angekommen sei. Er ist auch der Ansicht, dass noch weiter nach Einsparpotentialen gesucht werden könne. Beispielsweise könnten die alten Pflastersteine im Bereich der Gastronomie belassen und nur gereinigt werden. Außerdem sei eine Pflasterung des Parkplatzes nicht unbedingt notwendig, sondern könnte auch mit Kies oder Gras eingerichtet werden. Ein großer Posten für Einsparungen hierfür wäre auch der Landschaftsbau, dieser könne beispielsweise zum Teil durch den Förderverein mit gesponsert werden.

4. Bebauungsplan „Hinter den Gärten“ Gemarkung Bietingen

- a) Beschluss Aufstellung**
 - b) Feststellung Entwurf**
 - c) Beschluss der frühzeitigen Beteiligung**
-

a) Beschluss Aufstellung

Der Sachverhalt wird von Herrn Steinbrenner anhand der Vorlage sowie einer PowerPoint-Präsentation, welche zum Protokoll genommen wird, erklärt. Er verweist auf die Sitzung am 3. April 2014 in Bietingen, bei welcher beschlossen wurde, aufgrund des städtebaulichen Entwurfs den Bebauungsplan aufzustellen.

Herr Steinbrenner berichtet, dass der dörfliche Charakter weiter erhalten bleiben soll. Daher sehe man zweigeschossige Häuser mit einem Satteldach vor. Der Bebauungsplan soll in mindestens zwei Bauabschnitten, eventuell auch drei, gefertigt werden. Den entsprechenden Umweltbericht habe man bereits beigelegt. Den Ausgleich zur Bodenversiegelung werde wohl beim Riederbach zum Tragen kommen.

Frau Gemeinderätin Herberger bemerkt, dass es positiv sei, dass es neue Bauplätze gebe und auch die Aufteilung stimme. Allerdings würden heutzutage vermehrt Solaranlagen auf Dächern angebracht werden. Sie möchte hierzu wissen, ob dies bei der verschiedenen Ausrichtung der Dächer problematisch sei.

Herr Steinbrenner antwortet, dass die meisten Dächer nach Südwesten ausgerichtet seien. Es seien zwar auch Dächer mit der Ausrichtung nach Südosten geplant, hier sei ihm die städtebauliche Entscheidung allerdings wichtiger.

Herr Kopp ergänzt, dass dies bei der früheren Solartechnik komplizierter gewesen sei. Inzwischen gebe es mit der moderneren Technik kaum noch Probleme.

Herr Gemeinderat Gassner findet es gut, dass weiter voran gegangen werde. Jedoch sei er der Meinung, dass die Thematik zuvor im Ausschuss für Technik und Umwelt inhaltlich diskutiert werden soll. So gab es in Bietingen bis jetzt nur einen ungefähren Plan zum Bebauungsgebiet. Er möchte ergänzend wissen, ob ein Flachdach zulässig sei.

Herr Steinbrenner antwortet, dass er sich bei der städtebaulichen Entscheidung gegen ein Flachdach entschieden habe.

Herr Gemeinderat Gassner ergänzt, dass er dies schade finde und gerne im ATU genauer darüber diskutiert hätte.

Herr Steinbrenner weist darauf hin, dass seiner Meinung bei den vier Häusern, welche anders ausgerichtet seien, er ein Flachdach für vorstellbar halte.

Der Vorsitzende informiert, dass man grundsätzlich eine Entscheidung vor der Sommerpause bewirken wollte. Allerdings könne man die Diskussion auch nochmals in den Ausschuss für Technik und Umwelt im Herbst verschieben.

Herr Gemeinderat Graf äußert, dass grundsätzlich die Thematik zuvor im Ausschuss für Technik und Umwelt behandelt werden sollte. Allerdings sollte die Entscheidung nun nicht weiter verschoben werden. Er sehe aber ebenfalls eine Problematik bei den gedrehten Firstrichtungen. Er könne dies aus städtebaurechtlicher Sicht zwar nachvollziehen, aber ist der Ansicht, dass ein Bauherr dies wohl anders sehe. Darum finde er eine Zulassung eines Flachdaches bei den genannten vier Häusern vorteilhaft.

Herr Gemeinderat Muffler sei vertrete ebenfalls die Ansicht von Herr Gemeinderat Graf. Man sollte das neue Baugebiet zügig voran bringen, da Bietingen darauf warte.

Herr Gemeinderat Binder glaube nicht an einen Verzug von nur einem Monat. Bei einem Bebauungsplan von so langer Zeit würde er es vorziehen, mit dem Thema nochmals in den Ausschuss für Technik und Umwelt zu gehen. Er könne die Entscheidung über die Ausrichtung von Herrn Steinbrenner verstehen. Allerdings sehe er die Lage des Baufensters der einzelnen Bauplätze für problematisch. So seien die Gärten im Norden und der Vorplatz sei nicht so nutzbar. Dies sollte nochmals überdacht werden. Außerdem halte er die Formulierung zur Festsetzung der Dachaufbauten „ausnahmsweise“ für zu offen. Hier sollten schärfere Formulierungen gewählt werden.

Herr Steinbrenner äußert, dass bei der Formulierung eine gewisse Offenheit gegeben sein sollte. Man könne dies auch ganz heraus nehmen, dies sei aber problematischer gegenüber den Bauherren. Bei der momentanen Formulierung heißt es, dass der Gemeinderat eine Entscheidung im einzelnen Fall treffe. Herr Steinbrenner erklärt, dass es nun zwei Möglichkeiten gebe. Entweder man diskutiere das Thema nochmals im Ausschuss für Technik und Umwelt oder man lasse bei den vier genannten Häusern bei zwei Geschossen auch ein Flachdach zu.

Der Vorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass entschieden werde, ob das Thema nochmals im Herbst im Ausschuss für Technik und Umwelt behandelt werden solle.

Herr Steinbrenner verweist darauf, dass die frühzeitige Beteiligung nicht starr sei. So könne man in die Offenlage gehen und bei einer möglichen Änderung im Ausschuss für Technik und Umwelt trotz dessen sofort in die zweite Offenlage sowie den Beschluss gehen.

Der Gemeinderat fasst mit 10 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Die Diskussion um den Bebauungsplan „Hinter den Gärten“, Gemarkung Bietingen, wird nicht in den Ausschuss für Technik und Umwelt verschoben.

Der Gemeinderat fasst mit 18 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltungen folgenden weiteren

Beschluss:

Der Bebauungsplan „Hinter den Gärten“ für den im Lageplan vom 3. Juli 2014 dargestellten Bereich (siehe Anlage 1 zum Protokoll) wird aufgestellt.

b) Feststellung Entwurf

Der Gemeinderat fasst mit 16 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung, den textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften vom 17. Juli 2014 (siehe Anlagen 2 bis 5 zum Protokoll) wird beschlossen.

c) Beschluss der frühzeitigen Beteiligung

Der Gemeinderat fasst mit 16 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Anhand des Bebauungsplanentwurfs erfolgt die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch. Gleichzeitig werden die Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB beteiligt.

- 5. Brandschutzkonzept
 - a) Eichendorff Schulverbund
 - b) Hebelschule
-

a) Eichendorff Schulverbund

Herr Gemeinderat Graf ist befangen und begibt sich in den Zuhörerbereich.

Der Sachverhalt wird von Herrn Kopp anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche zum Protokoll genommen wird, vorgestellt. Er informiert, dass es eine Brandschutzuntersuchung gegeben habe, um zu klären, ob die Schule überhaupt umgebaut werden könne. Dabei wurde festgestellt, dass ein dringender Handlungsbedarf geboten sei.

Herr Steinbrenner ergänzt, dass die Schule momentan keine Rettungswege habe.

Der Vorsitzende bemerkt, dass man dachte, dass die Balkone als Fluchtweg ausreichen würden. Man sei davon ausgegangen, dass dies auch mit der Baugenehmigung genehmigt worden sei. Da dies nicht der Fall sei, müsse man sofort handeln.

Herr Kopp fährt damit fort, dass man zwei Angebote zu Funkrauchmeldern eingeholt habe. Das Angebot 2 unterscheide sich insoweit vom ersten, dass die Lokalisierung des auslösenden Melders sofort möglich sei. Seiner Meinung nach würde aber auch das Angebot 1 ausreichen.

Herr Gemeinderat Dreier bevorzugt die kostengünstigere Variante, da eine Rettung ebenso möglich sei. Herr Gemeinderat Beyl bemerkt aus Sicht der Feuerwehr, dass er zum Angebot 2 tendiere, da jede Sekunde im Ernstfall zähle.

Herr Gemeinderat Gassner möchte wissen, ob dies allein vom Gemeinderat entschieden werden könne. Dies wird vom Vorsitzenden bestätigt.

Herr Gemeinderat Gassner ergänzt, dass er ebenso zum Angebot 2 tendiere.

Herr Gemeinderat Vogler möchte wissen, ob diese Funkrauchmelder noch nach dem Umbau weiter verwendet werden können.

Herr Kopp äußert, dass dies nicht nötig sei bei der richtigen Planung.

Der Gemeinderat fasst mit 15 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Eichendorffschule entsprechend des Angebots 2 Funkrauchmelder mit Lokalisierung des auslösenden Melders zu beschaffen. Die Kosten inklusive Montage betragen rund 6.800,00 €.

b) Hebelschule

Herr Kopp informiert anhand einer Powerpoint Präsentation, welche zum Protokoll genommen wird, dass es eine Info-Veranstaltung des Landratsamtes gegeben habe. Er äußert, dass Kindergärten und Schulen nicht durch die Brandschutzschau kontrolliert werden. Allerdings sei bei mehr als 10 Kindern ein Rettungsweg nötig. Eventuell könne man die Flure abtrennen, um so einen rauchfreien Rettungsweg zu ermöglichen. Der entstehende Raum könnte dann als Lernlandschaft genutzt werden. Herr Kopp weist darauf hin, dass die Umsetzung dieser Planungen wahrscheinlich erst mit den Osterferien zum Tragen kämen. Außerdem würde man diese Planung an externe Architekten vergeben.

Frau Gemeinderätin Herberger stellt zwei Fragen. Zum einen möchte sie wissen, warum das erst jetzt aufgefallen sei, da grundsätzlich jedes Jahr Brandübungen durchgeführt werden. Außerdem möchte sie nochmals wissen, wie die Türen des Treppenhauses automatisch schließen.

Herr Kopp erklärt, dass laut des ehemaligen Kreisbrandmeisters das Gesetz nicht geändert wurde, sondern nur verschärft kontrolliert. Zur zweiten Frage erklärt er, dass bei Rauch ein Überdruck im Treppenhaus aufgebaut werde, man die Tür jedoch manuell noch aufmachen könne.

Der Vorsitzende schlägt zum weiteren Vorgehen vor, die Planung an einen externen Architekten zu vergeben. Außerdem werde man auf die Schulleiter zugehen, um sich für die pädagogische Nutzung der entstehenden Räume Gedanken zu machen.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Planungsauftrag für die Umbauarbeiten und die Kostenermittlung an einen externen Architekten zu vergeben.

a) Eichendorff Schulverbund

Herr Steinbrenner informiert anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche zum Protokoll genommen wird, über den Stand der Untersuchungen zur Sanierung der Eichendorffschule. Er erklärt, dass das Gebäude grundsätzlich sanierbar und eine Aufstockung in Leichtbauweise durchführbar sei. Eine Förderung sei jedoch nur möglich, wenn grundsätzliche Änderungen am Gebäude vorgenommen werden. Die Kosten für die Sanierung werden hierbei heraus gerechnet. Ein Neubau ist ebenfalls nur förderfähig, wenn die alte Schule abgebrochen werde. Nur wirtschaftliche Gründe seien hierbei jedoch nicht wirksam.

Herr Steinbrenner fährt damit fort, dass ein Kriterium eine Raumhöhe von 3,20 m wäre. Diese Raumhöhe werde sowohl im Gebäude der Hauptschule sowie in der Realschule nicht erreicht. Man könne daher argumentieren, dass die Schule nicht zu ändern sei. Das Büro BPM würde einen Architekten suchen, welcher ein solches Gutachten zur Absprache erstellen könne. Bisher gebe es aber noch keinen Auftrag, da der Gemeinderat den entsprechenden Architekten auswähle.

Der Vorsitzende informiert, da noch nicht entschieden sei, ob die bestehende Schule abgesprochen werde, müsse man sich daher überlegen, wie man weiter vorgehe, wenn die Schule nicht abgesprochen werde.

Herr Steinbrenner bemerkt, dass in Gesprächen festgestellt wurde, dass man zu wenig Fläche für die Schule, besonders für eine Errichtung einer Ganztagschule, habe. Er informiert, dass jede neue Fläche zusätzlich gefördert werde. Außerdem gebe es eine Umbauförderung bei jeder Änderung des Grundrisses. Allerdings kämen die Kosten der Sanierung wahrscheinlich relativ nah an die Kosten eines Neubaus.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass das Büro BPM einen Architekten suche, welcher schon mehrere Absprachen durchgeführt habe.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Büro BPM einen entsprechenden Architekten zu suchen, sowie ein Gutachten zum Gesamtzustand der Eichendorffschule in die Wege zu leiten.

**6. Synagogenplatz Randegg
- Beleuchtung der Skulptur**

Die Herren Gemeinderäte Gassner, Brachat und Beyl sind befangen und begeben sich in den Zuhörerbereich.

Der Sachverhalt wird von Herrn Gramlich anhand einer PowerPoint-Präsentation, welche zum Protokoll genommen wird, vorgestellt. Er weist darauf hin, dass es zwei Farbvarianten, also eine weiße oder eine rote Beleuchtung, gebe. In der heutigen Sitzung müsse entschieden werden, ob eine Beleuchtung mit Kosten von 3.000,00 – 4.000,00 € durchgeführt werde.

Die Planer bemerken, dass sie keine Beleuchtung benötigen würden. Sie wollten den Platz ins Blickfeld rücken und hätten dies mit dem Balken auch getan.

Herr Gemeinderat Geyer bemerkt, dass man in der Fraktion darüber diskutiert habe. Grundsätzlich sei dies ein schöner Platz und rege auch zum Nachdenken an. Außerdem habe er auch in Gesprächen mit Randegger Bürgern heraus gehört, dass diese keine Beleuchtung verlangen würden.

Herr Gemeinderat Ruf habe sich ebenfalls die Skulptur vor Ort angeschaut. Er ist der Meinung, dass man mit dem Licht zwar die Leute aufrütteln würde, dieser Effekt im Sommer aber fraglich sei, wenn es erst spät dunkel werde.

Herr Gemeinderat Graf ist der Meinung, wenn man schon eine solche Skulptur habe, sollte man diese auch in Szene setzen. Daher sei er für eine solche Beleuchtung.

Der Vorsitzende bemerkt, dass bei dem Vororttermin ein Randegger Bürger auf ihn zugekommen sei und gemeint habe, man sollte dieses Thema lieber im Dunkeln lasse. Aufgrund dessen sollte man eigentlich weiter provozieren.

Herr Gemeinderat Eberhard Koch findet den Platz in seinem jetzigen Zustand hervorragend und unvergleichlich zu dem vorherigen Bild.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Skulptur auf dem Synagogenplatz in Randegg wird nicht beleuchtet.

7. Fragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

8. Verschiedenes, Wünsche, Anträge

a) Verkehrssituation Bietinger Kreisel

Der Vorsitzende informiert, dass man versucht habe, am Bietinger Kreisel eine Umfahrung zum Gewerbegebiet über die Autobahn anbringen zu lassen. Allerdings gebe es für eine solche Umfahrung keinen Wegweiser. Auch wenn LKW's einmal diese Strecke benutzt würden, müssten sie Maut bezahlen. Daher würden sie diese Strecke wohl kaum nochmals benutzen. Außerdem würden auch keine Navigationsgeräte diese Strecke vorschlagen.

b) Überquerungshilfe B 34

Der Vorsitzende informiert, dass man diese Überquerungshilfe bereits im Ausschuss für Technik und Umwelt besprochen habe. Er informiert, dass, bis die Verkehrsbedingungen geklärt seien, man eine Fußgängerampel aufstellen wolle. Daraus lasse sich aber nicht ableiten, dass diese ewig stehen bliebe. Eine dauerhafte Ampel könne man nur begründen, wenn sich in dieser Zeit vermehrt Fußgänger dort sammeln würden. Eine solche Dunkelampel müsse man für ein bis zwei Jahre mieten.

Der Gemeinderat fasst mit 18 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Dunkelampel als Querungshilfe an der B 34 aufzustellen.

c) Konstituierende Sitzung des neu gewählten Gemeinderates

Der Vorsitzende informiert, dass am 29. Juli 2014 die konstituierende Sitzung des neu gewählten Gemeinderates stattfindet.

Frau Haas weist darauf hin, dass die Urkundspersonen für das Protokoll bereits im Vorfeld, also bei der nächsten Sitzung, genannt werden müssen. Die Ausschussbesetzung erfolge erst in der Gemeinderatsitzung nach der Sommerpause.

d) Breitbandversorgung in Ebringen

Der Vorsitzende bemerkt, dass es eine zeitliche Verzögerung bei der Vergabe gebe.

Herr Pingitzer informiert, dass die Breitbandversorgung in zwei Schritten ausgeschrieben werden müsse. Zuerst gebe es eine Ausschreibung an die Netzbetreiber ohne Kostendeckungslücke. Wenn sich bei dieser Ausschreibung keiner melde, müsse nochmals mit einer Kostendeckungslücke ausgeschrieben werden. Dies dauere insgesamt zwei Monate. Das Land habe anfangs versucht, davon abzuweichen, konnte dies aber so doch nicht durchführen. Herr Pingitzer fügt hinzu, dass bereits mit der Leerrohrverlegung begonnen wurde. Dies sei notwendig gewesen, um überhaupt in die Ausschreibung gehen zu können.

e) Bauplätze Randegg

Herr Gemeinderat Geyer weist darauf hin, dass es in Randegg keine Bauplätze mehr gebe. Er habe in der heutigen Sitzung gesehen, dass die Aufbereitung solcher Bauplätze sich in die Länge ziehen könne. Daher solle man baldmöglichst auch in Randegg die nächsten Schritte zur Schaffung von Bauplätzen gehen.

Gottmadingen, 12. August 2014
Em-scho

Der Vorsitzende:

Die Urkundspersonen:

Der Schriftführer: